

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Clubstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokratisches Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Druckers-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Clubstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Havenstein verbarrikadiert sich.

Das Hinaustreiben des Dollars an der gestrigen Nachbörse auf mehr als 4 Millionen Mark, die gewaltige Umkehr, die damit wieder in den Devisen- und Warenmarkt hineingetrieben worden ist, ist das Werk Havensteins. Er hält absolut fest an seinen Papiermarktkrediten und durchkreuzt damit alle Finanzmaßnahmen und jeden Versuch, dem Marktwertfall Einhalt zu gebieten. Durch die neuen Steuergesetze mit ihren hohen Sätzen und ihren schnellen Zahlungsterminen sollte eine Knappheit am Geldmarkt erzeugt werden. Das hatte den Verkauf von Devisen, Effekten und Waren zur Folge haben müssen, ein Sinken der Preise dafür und eine Entspannung unserer inneren Lage.

Einige Tage schien es auch so, als ob dieses Ergebnis erzielt würde, der Geldmarkt war fest, die Zinssätze stiegen, die Devisen- und Effektenkurse gingen zurück, die Preise für Auslandsprodukte folgten zögernd. Das alles ist mit einem Schläge zunichte gemacht worden, weil Herr Havenstein die Papiermark in Billionenbeträgen zur Verfügung stellt, die zum Durchhalten von Devisenbeständen, Effekten und Waren erforderlich sind. Wie das im Einzelfall geschieht, dafür erzählt man sich an der Börse bezeichnende Beispiele, etwa dieses: Ein Kaufmann meldet, wie üblich, einen höheren Devisenbedarf an, als er ihn tatsächlich hat, weil er mit einer Zuteilung von nur 10 Prozent rechnet. Statt dessen erhält er 40 Prozent, seiner Anmeldung. Nun ist er in Verlegenheit, denn so viel Papiermark besitzt er nicht, um diesen Betrag zu zahlen. Er geht infolgedessen zu Herrn Havenstein und leiht sich diese Beträge, so daß er seinen Devisenbedarf vergrößern kann anstatt ihn abstoßen zu müssen.

Schon vorher hat die „Frankfurter Zeitung“ in einem Artikel „Der Stand der Diskontpolitik“ darauf hingewiesen, daß im letzten, bisher veröffentlichten Reichsbankausweis ein Zuwachs des Bestandes der Bank an Wechseln und Schecks und an Lombardzahlungen um 4 1/2 Billionen Mark auf im ganzen etwa 21 Billionen Mark erfolgt ist. Das war der Stand am 31. Juli 1923. Und nun fährt die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ fort:

„Da der Dollar am 31. Juli 1100 000 M. und heute über 5 Millionen Mark notierte, und da im großen ganzen die von der Reichsbank entnommenen Beträge in Sachwerten, deren Preise sich mehr oder weniger zwangsläufig mit dem Dollar erhöhen, angelegt werden, so sind also in den letzten zehn Tagen auf Kosten der Reichsbank bzw. der Allgemeinheit circa 80 Prozent des Betrages von 21 Billionen Mark, d. h. rund 17 Billionen Mark verdient worden.“

Und mit Recht fährt die „Frankfurter Zeitung“ fort:

„Glaubt man wirklich, daß irgendein Staatsbürger einigermaßen opferwillig die notwendigen starken neuen steuerlichen Belastungen tragen wird, wenn er sieht, daß mit der anderen Hand Geschenke von Billionen und aber Billionen verteilt werden, die jede Steuererhebung zu einem Schöpfen in ein hohles Faß machen.“

Seit Jahr und Tag weist die Sozialdemokratie auf diese unheilvollen, unter den heutigen Umständen absolut unerträglichen Verhältnisse hin. Es ist ein vergebliches Bemühen, wenn gewisse Kreise, die allerdings an der Geschehnispolitik der Reichsbank auf Kosten des ganzen Volkes Riesengewinne gemacht haben, von angeblichen Besorgnissen des Auslandes wegen Havensteins möglichem Rücktritt zu „berichten“ wissen. Derartige Notizen tragen sichtbar den Stempel „Made in Germany“. Außer Helfershelfern und seinen Freunden auf der äußersten Rechten und außer

einigen Größtverdienern, die auch am letzten Verröckeln der Mark noch verdienen wollen, hat in Deutschland keine politische Partei und keine wirtschaftliche Organisation zur jetzigen Leitung der Reichsbank das Vertrauen, daß sie den ungeheuer schweren Aufgaben unserer Tage im entferntesten gewachsen ist.

Ebenso wenig besteht ein Zweifel, daß Havenstein der jetzigen Politik der Reichsregierung überhaupt zustimmen kann. Ein Kernstück dieser Politik ist die innere Goldanleihe. Im vorigen Jahre hat die Reichsbank diesen Schritt zur Sicherung der deutschen Währung öffentlich sabotiert. Die Reichsbankleitung sagte damals:

„Wir halten die Aufgabe von Goldschahanweisungen des Reiches für einen vom Standpunkt unserer Währung wie auch vom Standpunkt der Reichsfinanzen außerordentlich gefährlichen und vorerst schädlich gänzlich verfehlten Versuch, von dem wir nur abraten können...“

Die Unabhängigkeit ist von Havenstein nicht zur Hemmung der Notensatz benutzt worden, sondern zu ihrer Vermehrung. Indem er alle Sicherungsmaßnahmen bekämpfte, jedem Marktspekulanten Milliardenkredite in Markwährung gab, schuf er jenes Meer von Havensteinerubeln, in dem die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk zu ertrinken droht. Havenstein wurde — obwohl unbewußt, aber das ist um so schlimmer — zum besten Helfershelfer Poincarés.

Wir halten es deshalb für unerträglich, daß in der Leitung der Reichsbank Methoden und Personen, denen längst das allgemeine Mißtrauen der weitesten Kreise des deutschen Volkes und nahezu des ganzen Reichstages dokumentiert ist, sich gegen diesen Willen auf Grund rein formeller Bestimmungen im Amt erhalten. Wir erklären deshalb: Reichen Havenstein und Glasenapp ihr Abschiedsgesuch nicht binnen drei Tagen ein, so wird die sozialdemokratische Fraktion die sofortige Einberufung des Reichstages mit dem einzigen Zweck der Beseitigung des entsprechenden Paragraphen des Autonomiegesetzes der Reichsbank verlangen. Die Sozialdemokratie kann und will Deutschlands Schicksal auch nicht eine Woche länger in Händen lassen, denen sie in Uebereinstimmung mit allen Regierungsparteien eine Fähigkeit zur Lenkung dieser Geschäfte in solcher schweren Zeit nicht zutrauen. Höher als die Rücksicht auf Erzellenzen steht uns das Schicksal des deutschen Volkes.

Schwankender Dollarkurs.

Die Haltung des Devisenmarktes war heute durchaus einheitlich. Die Vermutungen über die weitere Haltung Englands resp. Frankreichs lauten teils günstig, während man andererseits wieder nach den bisherigen Erfahrungen sich scheut, allzu optimistisch zu sein. Dieser uneinheitlichen Meinung entsprechend weist auch der Dollar im Devisenverkehr ziemlich schwankungen auf. Vorübergehend stieg am Vormittag der Kurs für den Dollar auf 4 300 000 und für das Pfund auf 18 500 000. Doch konnten sich diese hohen Kurse, die ungewissheit auch auf größere Käufe zu Einfuhrzwecken zurückzuführen sind, nicht im weiteren Verlaufe halten. Gegen 12 Uhr hörte man den Dollar wieder mit 3 600 000 und das Pfund mit ca. 15 500 000. Der Geldmarkt bleibt flüssiger mit einem Prozentsatz von 1 Proz. für tägliches Geld.

daß die britische Regierung unter der in ihrer letzten Note angebotenen „separaten Aktion“ verstanden habe, daß sie, falls eine neue Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands von den Alliierten nicht gemeinsam eingeleitet werden würde, aus eigenen Mitteln dazu übergehen würde. Die britische Regierung habe für den Fall einer Belagerung Frankreichs, daran teilzunehmen, beschlossen, eine Untersuchungskommission zu ernennen, die die Lage Deutschlands eingehend prüfen und über die Höchstsumme berichten soll, die Deutschland an Reparationen zahlen kann. Diese Summe würde dann voraussichtlich allen Alliierten vorgelegt werden; aber man glaube nicht, daß die britische Regierung darüber ein endgültiges Programm in Aussicht genommen habe.

Poincarés Antwort an England.

Paris, 17. August. (W.B.) Nach dem „Rafin“ ist die französische Antwortnote fertiggestellt und gedruckt. Ihre Uebersetzung in London werde in den ersten Tagen der nächsten Woche statfinden und 24 Stunden später werde sie veröffentlicht werden. Die Note widerlege zunächst Punkt für Punkt die englische Note mit der alleräußersten Genauigkeit, und zwar werde links der Text der englischen Note und rechts die jeweilige französische Antwort aufgezählt werden. Der zweite Teil der französischen Antwort werde der ganzen Welt einmal die unänderlichen Ansprüche Frankreichs auseinandersetzen und dazu alles aufzählen: die Verletzungen gegen den Vertrag, den Mindestbetrag, den Frankreich verlange, die Frage der Geschmähigkeit der Ruhrbesetzung und die Bedingungen, unter denen Frankreich diese Besetzung milder gestalten und ausgeben könnte. Die Mindestsumme werde 26 Milliarden Goldmark betragen. Frankreich werde auf seinen Anteil nur dann und nur insoweit verzichten, als seine Gläubiger es aufgeben, von Frankreich den Betrag seiner Schuld bei ihnen zu verlangen.

Nach dem „Generalstreik“.

15er-Ausschuß oder Gewerkschaften?

Von Richard Seidel.

Der Generalstreik in Berlin und anderwärts ist vorüber, und er wäre fast schon vergessen, wenn nicht neue Verwirrung und tiefere Erbitterung innerhalb der Arbeiterschaft als seine Nachwirkungen übriggeblieben wäre. Diese Nachwirkungen zu schwächen, die Verwirrung wieder zu beheben und die Erbitterung zu mildern, wird die Aufgabe sein, die dem nicht zum kommunistischen Lager gehörenden Teil der Arbeiterschaft aus dem Ergebnis des Generalstreiks erwächst. Dazu ist Klarheit notwendig über alle Dinge, die mit dieser jüngsten Bewegung der Kommunisten zusammenhängen.

Die furchtbare Lage in der vorigen Woche schien in der Tat günstige Vorbedingungen für eine kommunistische Aktion geschaffen zu haben, so daß das Vorgehen der Kommunisten nicht überraschte. Wie falsch ihre Rechnung dennoch war, ist hier von Anfang an dargelegt worden. Neben den hier schon früher ausgeführten Gründen für das Fiasko haben aber auch innere Unzulänglichkeit der Bewegung, die offizieller Träger dieser Aktion gewesen ist, zu dem schnellen Untergange beigetragen, und diese inneren Gründe für den Zusammenbruch verdienen ebenfalls ernsthafteste Beachtung.

Der Streik in Berlin ist ausgerufen worden vom Fünfzehner-Ausschuß, und auch in Mitteldeutschland lag die Führung der Aktion in der Hand ähnlicher, aus einer gewissen Zusammenfassung der Betriebsräte hervorgegangener Körperschaften. Außerlich organisatorisch stellen diese Körperschaften, mißamt der um sie herum gruppierten Strömung, sich dar als eine Wiederkehr der ehemaligen „selbständigen“ Rätebewegung, allerdings in verfeinerter Form. Innerlich ist der Fünfzehner-Ausschuß allerdings nur Produkt und Mittel der kommunistischen Partei, von der er geistig und materiell abhängt. Lediglich aus demagogischen Gründen umkleidet er sich mit der Hülle der Unparteilichkeit, indem er in seinen Vollversammlungen die Betriebsräte aller Richtungen zu dem vereinigt, was die Kommunisten die „Einheitsfront“ nennen. In Wirklichkeit führt diese „Unparteilichkeit“ auf der einen, das Verbundenheit mit der KPD, auf der anderen Seite und die — im ganzen betrachtet — sich daraus ergebende Unbestimmtheit der Stellung dieses Ausschusses im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung nur dazu, daß dieser Ausschuß für seine Handlungen keiner Körperschaft und keinem Menschen gegenüber die Verantwortung zu tragen braucht. Der Fünfzehner-Ausschuß gibt vor, alles zu sein und ist doch nichts; er taucht angeblich auf aus der Tiefe einer spontanen Massenbewegung, ohne daß über seinen Ursprung und seine Rechte Klarheit bestünde; er kann gehen, wie er gekommen ist, ohne von seiner Tätigkeit Rechenschaft geben zu müssen.

Die Gewerkschaften haben den Generalstreik abgelehnt und zur Fortsetzung der Arbeit aufgefordert. Sie konnten schon deswegen keine andere Haltung einnehmen, weil sie nicht zugeben durften, daß die Kraft der Arbeiterklasse ohne Ziel und Zweck nutzlos veran wird. Denn das unterscheidet die führenden Körperschaften der Gewerkschaften von so einem Fünfzehner-Ausschuß, daß sie für den Bestand der Organisation und für alle Handlungen die volle Verantwortung vor ihren Mitgliedern, vor der gesamten Arbeiterschaft tragen. Ihren leitenden Körperschaften ist es nicht möglich, sich nach nutzloser und verlorener Aktion entweder im leeren Raume der Verantwortungslosigkeit zu verflüchtigen — oder sich bis zu ihrem erneuten Aufstehen in das stillere Hinterbüchlein einer politischen Partei zurückzuziehen — oder durch ein unehrliches Geschrei über den „Verrat“ anderer, die Schuld an dem Fiasko auf jene anderen abzuwälzen.

Damit treffen wir von neuem auf die inneren Gründe des ehemals sehr heftigen Gegensatzes zwischen den Gewerkschaften und einer von den Gewerkschaften unabhängigen Rätebewegung. In der widerprechenden Haltung des Fünfzehner-Ausschusses hier, der Gewerkschaften dort zur Frage des Generalstreiks, ist dieser Gegensatz abermals akut geworden. An der Frage, ob, wann und wie ein Generalstreik geführt werden kann, entscheidet sich auch die Frage nach dem Maß der Aktionsfähigkeit, das der Gewerkschaftsbewegung auf der einen, einer Rätebewegung nach dem Sinn der Kommunisten auf der anderen Seite innewohnt, nach jenem Maß von Aktionsfähigkeit, von dem der Erfolg abhängig ist.

Sicher und unbestritten ist wohl, daß ein Generalstreik — vorausgesetzt, daß die Situation ihn dringend notwendig macht — mit Erfolg nur geführt werden kann von einer straff disziplinierten und einheitlich geführten Masse. Voraussetzung für absolute Disziplin und einheitliche Taktik bei Beginn und Abschluß wie während der Dauer des Kampfes ist eine Leistung, die nach Herkunft und Stellung der Gesamtheit der Kämpfenden verantwortlich ist und dauernd verantwortlich bleibt. Eine solche Verantwortung ist nur möglich im Rahmen dauernder organisatorischer Massenverbindungen, wie allein die Gewerkschaften sie darstellen. Bei der gegenwärtigen Struktur der Arbeiterbewegung in Deutschland sind nur die Gewerkschaften in der Lage, eine der Gesamtheit der Arbeiterklasse verantwortliche führende Spitze zu bilden, die mit jenen Nachbesorgnissen ausgestattet ist, die zur Leitung eines solchen Kampfes erforderlich sind, und die allein maßgeblich über alle Bewegungen des kämpfenden Heeres entscheidet.

Die Stimmung in den Ententeländern.

London, 17. August. (W.B.) Der Pariser Berichtslatter der „Morning Post“ schreibt, die Tendenz der französischen öffentlichen Meinung sei im ganzen genommen günstiger. Die vorgestern veröffentlichte Reuters-Note werde als Zeichen gebietet, daß die britische Regierung den Wunsch habe, den in Frankreich durch die britische Note vom 11. August geschaffenen Antagonismus zu mildern.

Der diplomatische Berichtslatter des „Daily Telegraph“ erklärt sich nach seinen Informationen außerstande, die optimistischen Ansichten zu teilen, die in einigen britischen Kreisen ausgedrückt würden, daß Poincarés Antwort auf die letzte britische Note in ihrem wesentlichen Teil Zugeständnisse machen werde. Trotz gegenteiliger Gerüchte sei nach Ansicht des Berichtslatters die französische Regierung vollkommen bereit, wenn nötig die von ihr erhobenen legalen Ansprüche zu schützen. Außerdem sei die Annahme, daß die französische Regierung bereit sein würde, die Verpflichtungen Deutschlands auf 50 Milliarden Goldmark zu beschränken, vollkommen irreführend, weil Frankreich und möglicherweise andere Alliierte weiterhin einen Teil von C-Bonds für ihre Schuld an Amerika reservieren würden.

Was kann Deutschland zahlen!

Wenn nicht alliierte, so britische Prüfung.

London, 17. August. (W.B.) Während Reuters aus Paris meldet, daß Frankreich die Bildung der von Großbritannien vorgeschlagenen internationalen Kommission nicht zulassen werde, erklärt heute „Daily Express“ bestimmt mitteilen zu können,

Da die Bewegungen und Kämpfe der Gewerkschaften überhaupt, auch die reinen Lohnkämpfe, immer mehr den Charakter von Massenbewegungen großen Stils annehmen, hat sich aus der Notwendigkeit strengster Disziplin und einheitlicher Führung stärker und stärker der Zug zur zentralistischen Organisationsform ergeben. Dieser Zentralismus bedeutet aber nichts anderes als die Verteilung der Verantwortung und — in weitgehendem Maße — auch der Entscheidung in immer höhere Spitzen, die über zahlreiche Massen von Organisierten maßgeblich gebieten, aber damit auch in wachsendem Maße die Verantwortung für den Erfolg des Kampfes tragen. Auf diese Weise bilden sich aus der Tendenz zum Zentralismus jene führenden Körperschaften, die imstande sind, breite Massen mit strenger Disziplin zur Führung eines Generalstreiks zusammenzufassen. Die Gewerkschaftsbewegung allein ist auch imstande, die Massen so disziplinieren, wie die Führung eines solchen Kampfes es gebietet, denn sie beruht auf festen Organisationen, denen jedes einzelne Mitglied dauernd verpflichtet ist. Infolge ihrer hohen Verantwortlichkeit kann die Gewerkschaftsbewegung die Masse aber nur dann zum Kampf aufrufen, wenn die Aussichten auf einen Erfolg im richtigen Verhältnis stehen zu dem Ziel des Kampfes, wie zu den Opfern, die den Kämpfenden zugemutet werden müssen.

Aus allen diesen Gründen kann die Gewerkschaftsbewegung in einem notwendig gewordenen Kampfe nur allein oder allenfalls in Gemeinschaft mit anderen Bewegungen die Verantwortung tragen, mit denen sie sich über Führung und Ziel des Kampfes in voller Uebereinstimmung befindet und die ein ähnliches Maß von Macht wie von Pflicht und Verantwortung tragen wie sie. In keinem Falle aber ist ein so verstandener Zentralismus so notwendig wie bei einem Generalstreik, denn in keinem anderen Falle stehen Existenz und Ansehen der Organisation und das Schicksal der Mitglieder in so hohem Maße auf dem Spiel wie hier.

Ganz anders liegen die Dinge bei einer Bewegung, wie jener Fünfzähler-Ausschuß sie repräsentiert, wenn auch nur als Strohmann der KPD. In dieser Bewegung macht sich, allem Bedenke von der Einheitsfront zum Trotz, eine Tendenz geltend, die dem Zentralismus genau entgegengesetzt ist. Auf wie unsicheren Füßen der Verantwortungswille eines solchen Fünfzähler-Ausschusses steht, haben wir schon gesagt. Aber auch bei einem stärkeren Willen zur Verantwortlichkeit würde es einem solchen Gebilde an der Fähigkeit zur strengen Zusammenfassung und einheitlichen Führung einer Bewegung fehlen. Denn diese Bewegung muß das Schwergewicht der Entscheidungen und der Führung von der Zentraleitung hinweg wieder mehr in den kleineren Bereich des Betriebes verlegen. Wenn die großen zentralistischen Gewerkschaften in ständig wachsendem Maße zusammenfassend wirken, indem sie immer größere Massen unter eine einzige Leitung bringen, so muß die von den Kommunisten für ihre besonderen Zwecke ins Leben gerufene Bewegung im Gegensatz dazu unter dem Banner einer sogenannten „proletarischen Demokratie“ dezentralistisch, auflösend, wirken, denn keine Betriebsbelegschaft und keine Betriebsvertretung ist dem Fünfzähler-Ausschuß oder der Vollversammlung vollkommen verpflichtet. Jeder Betrieb kann trotz den Beschlüssen dieser Körperschaften, im Ernstfalle tun und lassen, was ihm beliebt, während die Gewerkschaft jedes einzelne Mitglied verbindlich verpflichtet und durch den Willen der Gesamtheit, der vertritt, in den Machtbefugnissen der Leitung, zur Disziplin zwingt. Der Fünfzähler-Ausschuß mit samt seiner Vollversammlung bildet eben keine Gesamtheit mit festen Verpflichtungen auf Grund persönlicher Mitgliedschaft, sondern nur eine lose Verbindung von Gruppen, den Betriebsbelegschaften, und diese können, nach dem Muster des Fünfzähler-Ausschusses selbst, kommen und gehen, wann und wie sie wollen.

Wenn ein Teil der Arbeiterschaft dennoch auch diesen Beschlüssen folgt, soweit er einmal daran beteiligt war, so geschah das offensichtlich nur aus alter Gewohnheit zur Treue, welche die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschafts-

zugehörigkeit erworben hat. Aus diesen Gründen kann ein Beschluß eines solchen Ausschusses niemals einen Generalstreik, der diesen Namen verdient, bewirken, sondern höchstensfalls eine Summe von Teilstreiks, die — ein Musterbeispiel syndikalistischer Methoden — heute hier auflauern, um morgen dort zu verlöschen, und daher als Ganzes erfolglos bleiben müssen. Darum aber kann so ein Fünfzähler-Ausschuß Verantwortung überhaupt nicht tragen, selbst wenn er es wollte, denn er wird nie in der Lage sein, die einfache Bewegung dauernd und fest in der Hand zu halten. Auch dieser Umstand stellt den Erfolg eines solchen Kampfes von vornherein in Frage. Zugleich aber durchkreuzt diese Bewegung, wenn sie sich ausmachtet, die von den Gewerkschaften erstrebte Zusammenfassung der Kräfte unter Führung einer wirklich starken zentralen Leitung, worin wir den tiefsten Grund für den Widerstand der Gewerkschaften gegen alle Bestrebungen zu erblicken haben, welche die dargestellten Tendenzen zeigen. Die Gewerkschaften müssen diese Tendenzen bekämpfen und vor den Parolen dieser Kreise warnen, wenn sie sich nicht selbst aufheben wollen.

Es zeigt sich somit, daß das klägliche Ergebnis des Generalstreiks der inneren Hohlheit der Bewegung, die Trägerin des Kampfes sein wollte, durchaus angemessen ist. Und insofern könnte dieser Streik Ruhen bringen, wenn die Arbeiterschaft an ihm diese innere Hohlheit erkennen und in zukünftigen Fällen entsprechend handeln, nämlich den Fünfzähler-Ausschuß bei seinen Aktionen allein lassen würde.

Den Kommunisten aber sind diese Zusammenhänge durchaus bekannt. Wenn sie trotzdem den Schlag wagen, so eben darum, weil sie die Situation für sich günstig hielten. Aber sie suchen diese Schwäche ihrer Position, die sich jetzt von neuem so drastisch gezeigt hat, auszugleichen, indem sie darauf ausgehen, die Gewerkschaften in ihre Hand zu bekommen, und das Fiasko ihres Fünfzähler-Ausschusses wird sie daher nur veranlassen, ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet zu verdoppeln. Die KPD. hat das ja bereits angekündigt, aber auch ohne diese Ankündigung hätten wir darauf gefaßt sein müssen, daß die KPD. aus dem Zusammenbruch ihres Generalstreiks diese Konsequenz ziehen würde. Wir haben dafür zu sorgen, daß der Rechenfehler, mit dem die Kommunisten ihre Aktion einleiteten, sich in keinen Wirkungen auch erstreckt auf diese Bemühungen der Kommunisten.

Nachricht der Redaktion: Dieser Aufsatz war vor dem Verbot des 15er-Ausschusses geschrieben und in Kenntnis des Umstandes, daß ein Verbot bevorstand. Man mag über den Wert solcher postzeitaler Maßnahmen verschiedener Meinung sein, aber man wird den Kommunisten nach dem grauenhaften Unfug, den sie angerichtet haben, nicht das Recht geben, sich über sie zu beklagen. Sie waren es, denen die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der Republik gar nicht streng genug sein konnten. Sie sind es, deren Parteigenossen in Rußland ihre Autorität als Regierungspartei durch den schärfsten Terror gegen unbeliebte Richtungen der Arbeiterbewegung aufrechterhalten. Die Sozialdemokraten haben stets dafür gewirkt, daß die nach kommunistischen Rutschen notwendig werdenden Maßnahmen nicht in einen Raubfeldzug ausarten, sie werden es auch diesmal tun. Die Kommunisten werden aber den Arbeitern nicht dadurch imponieren, daß sie heute mit einer Unverschämtheit ohnegleichens an die Gewalt appellieren, morgen aber zu heulmeiern beginnen, wenn sich das Spiel gegen sie entscheidet.

Renten nach dem Index.

Den ununterbrochenen Bemühungen der Sozialdemokratie im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags ist es endlich gelungen, die Anpassung der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung an die Geldentwertung durchzuführen. Als Maßstab für die Rente ist der Reichsindex zugrundegelegt. Als Grundbetrag gilt der für Juli festgelegte Unterstützungssatz in Höhe von 300 000 M. für eine Alters- und Invalidenrente, 324 000 M. für eine Witwen- oder Waisenrente und 180 000 M. für eine Waisenrente. Die Teuerungsziffer stand am

1. Juli auf 11 785, die auf 12 000 abgerundet wurde. Die Errechnung der Unterstützung erfolgt aber in Zukunft so, daß die Teuerungsziffer durch den Grundbetrag dividiert und dann mit der Reichsindexziffer multipliziert wird. Da der Reichsindex gegenwärtig auf 15 000 steht, beträgt die Rente (nach dem augenblicklichen Stande) monatlich 4 500 000 M. für einen Alters- oder Invalidenrentner. Die Unterstützung ist vom 15. August ab halbjährlich zu zahlen. Maßgebend ist die Indexziffer am Zahlungstage, die jeweils mit 15 multipliziert wird. Gemeinden, die mit der Auszahlung säumig sind, tragen künftig die Differenz der Geldentwertung. Die Gemeinden brauchen jetzt nicht mehr auf die Anweisungen der vorgesetzten Behörden zu warten, sondern haben nach Bekanntgabe der Indexziffer sofort die Auszahlung vorzunehmen. Das Reichsfinanzministerium hat dafür zu sorgen, daß rechtzeitig Vorstöße angemessen werden.

Die Bezüge eines Witwers oder einer Witwe betragen 60 Proz., die einer Witwe 50 Proz., der Bezüge eines Alters- oder Invalidenrentners. Invalidenrentner erhalten außerdem für die erwerbsunfähige Frau 10 Proz. und für jedes Kind 20 Proz. ihrer Bezüge als Zulage. Diese Regelung entspricht den in der Verfassung der Kriegssopfer maßgebenden Bestimmungen. Bei Anrechnung von Einkommen bleibt der Arbeitsoberdienst bis zum Betrage der Unterstützungssumme frei; Bezüge aus öffentlichen oder privaten Versicherungen und privaten Unterstützungseinrichtungen, Sparguthaben und Versorgungsgebühren werden nur angerechnet, soweit sie über ein Drittel der Unterstützung betragen. Die Gemeinde ist berechtigt, an Stelle der halbmonatlichen Zahlungen den Unterstützungsbetrag für den ganzen Monat im voraus in Sachleistungen zu gewähren.

Die neuen Bestimmungen treten am 15. August in Kraft. Da allgemein anerkannt werden mußte, daß infolge der surstürzenden Geldentwertung der letzten Wochen die Juli-Renten außerordentlich niedrig waren, haben unsere Genossen auf eine Nachzahlung gedrängt. Dementsprechend wurden die Gemeinden verpflichtet, den Unterstützungsberechtigten für die Zeit vom 1. Juli bis 15. August eine Nachzahlung in Höhe von 7 Millionen Mark zu gewähren. Für das besetzte Gebiet, das Einbruchgebiet und die ihnen gleichgestellten Bezirke erhöhen sich die Beträge um 25 Proz.

Die Angleichung der Unfallrenten an die Geldentwertung ist soweit vorbereitet, daß eine Verordnung in den nächsten Tagen erlassen wird. Die Sozialdemokratie hat bei dieser Gelegenheit mit aller Entschiedenheit verlangt, daß die Unfallrenten unter 33 1/3 Proz. nummehr eine andere Befestigung erfahren müssen, da diese Renten so gering sind, daß sie in vielen Fällen nicht mehr abgehoben werden. Auch hier haben Regierung und bürgerliche Parteien zugestimmt, diesen Mangel zu beheben und der sozialdemokratischen Anregung zugestimmt, daß endlich auch die Witwen eine geordnete Versorgung erhalten, deren Männer vor dem 1. Januar 1921 bereits verstorben oder invalide waren.

Die neuen Steuern.

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Was hat eine Einzelperson im August 1922 an Steuern zu zahlen:

1. Alle zwangsangehörigen Personen hatten am 1. August unaufgefordert die erste Rate der Brotverforgungsabgabe in Höhe des zehnjährigen Zwangsangehörigenbetrages bei der zuständigen Finanzkasse mit genauer Angabe von Name und Adresse zu zahlen.
2. Alle Einkommensteuerpflichtigen, deren Einkommen 1922 hauptsächlich aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe bezogen ist, haben ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens am 15. bzw. 25. August unaufgefordert die Vorauszahlung auf die Einkommenssteuer zu entrichten. Auszugehen ist dabei von einem Vierteljahresbetrag der Einkommenssteuer für 1922. Dieser ist mit 400 zu multiplizieren. Das bedeutet das Hundertfache der Jahressteuern für 1922. Wer also für 1922 400 000 M. Einkommenssteuer zu zahlen hatte, hat an Vorauszahlung im August 400 000 × 100 = 40 Millionen Mark unaufgefordert zu zahlen. Wer seiner Einkommensberechnung für 1922 einen Abschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde gelegt hat, hat an Stelle von 400 mit 1600 zu multiplizieren. Das bedeutet also für diese Fälle das 400fache der Jahressteuer. Wer z. B. am 30. Juni 1922 abgeschlossen hatte und nach dem danach festgestellten Einkommen 400 000 M. Einkommenssteuer zu zahlen hatte, hat an Vorauszahlung im August 400 000 × 400 = 160 Millionen Mark zu zahlen.

Einkommenssteuerpflichtige, deren Einkommen 1922 hauptsächlich aus Gehaltsbezügen oder Einnahmen aus

Städter auf dem Lande.

Von J. Steiner-Zullien.

Es ist ein notwendiges Uebel, daß die Städter während der Sommermonate das Land übersüßen. Aber alles an diesem Uebel (für das Land) ist nicht notwendig. Eine schöne Landschaft, ein stiller Waldweg kann einem verfaul werden durch diese in Rubeln aus den Gefängnismauern der Städte Ausgewanderten.

Besonders schrecklich wüsten die Nachkriegszeiten. Wenn sie schwabend bei Tisch sitzen und mit dem Messer in den Goldplomben herumfuchseln, wünscht man, ein gelindes Erdbeben möge plötzlich anheben, damit sie sich alle samt und sonders selber die Gurgel abschneiden. Aber nichts passiert, und unsere Reparations- und Kulturkriegsgewinnler fahren fort, ihren Nebenmenschen die Gurgel abzuschneiden.

Man sagt viel über die Naturverwundung durch Reklamelaufen. Kein Mensch aber spricht von der Verschandelung durch unsere Konfektionsalpinisten. Ob man im Thüringer Wald oder im Fichtelgebirge, in Mecklenburg oder im Riesengebirge ist, überall begegnen einem diese Tiroler aus Berlin und Dresden, aus Erfurt und Breslau.

Die Himmelsgottsfrauenten verlassen nie auf Gedanken, daß zu einem Tiroler Gewand (oder was die Konfektionsmode der städtischen Sportgeschäfte dafür ausgibt) auch ein Tiroler gehört. Wenn man sie mit ihren schwabbligen Bäuchen, ihren Kartoffelärschen, ihren mustelosen (ich bitte den Seher, nicht in u s f u l ö s e r zu sehen) Krummbeinen engrüstig des Weges teuchen, matscheln und humpeln sieht, dann wünscht man sich einen umgekehrten Peitschenstiel in die Hand.

Wenn Ihr städtischen Landbesitzer nachgleiche Ansteilhaber an den Beinen habt, eine durch jahrelangen Gebrauch vom Schnee und Regen, vom Sturm und Sonnenschein gegerbte Haut und darunter ein mageres, aber zähes Fleisch, dazu den richtigen Brustkasten (den Behälter ist ein Kropf gestaltet), dann zieht meinetwegen ein angeblühtes Tiroler Gewand an. Bis dahin aber gehabt Euch natürlich — soweit einem Städter das möglich ist.

Und nun gar unsere Damen. Niemand wird den Damen zumuten, in Städtehüben, Kamselidenstrümpfen und mit vorn und rückwärts Kef ausgeschnittener Bluse auf die Berge zu klettern. Sie tun es aber.

Nach schlimmer ist, wenn sie sich „ländlich“ kleiden. Meine verehrte Damen! Weisen Sie künftig diese giftgrünen, knallroten, wachblauen, gelbschwarzen Dolchaden (zu deutsch Jumper) zurück. Legen Sie keinen gleichfarbigen Turban an. Und wenn Sie sich schon verpflichtet glauben, ein Ballnet auf Ihr schönes Haupt zu hüpfen, dann wählen Sie wenigstens eines, das der Farbe Ihrer Haare entspricht.

Mörderisch aber sind ihre Gespräche.

Wenn die Männer nichts zu tun haben, werden sie politisch (wenn kein Kartenspiel zur Hand ist); die Frauen im gleichen Maße poetisch. Oder was die einen und die anderen dafür halten. Ich habe nichts dagegen. Jeder muß seine natürlichen Bedürfnisse befriedigen können. Aber so etwas verrichtet man nicht vor fremden Menschen.

Ich stand am bewaldeten Bergeshang und lauschte der Stille. Da kam ein Pärchen des Weges und lächelte auch (Wie in der Stadt, um zu leben, was los ist.) Und die Dame tat den Mund auf und sagte: „O diese töfsche Stille!“

Ich schob.

Um die Männer, besonders wenn sie zu zweit oder zu dritt gehen, mache ich einen weiten Bogen. Reuisch begegneten mir zwei ältere, durchaus harmlos und vernünftig aussehende Männer. Der eine brachte es zuwege, im Vorbeigehen ein Folgendes zu verstehen:

„Und damals haben sie die Einwohner von Speyer aus der Stadt getrieben und gezwungen, ihre eigene Stadt an allen vier Ecken anzuzünden. Viel ärger hätten wir...“

Die Inschriften, die die ehemaligen Oberkellner an ihren der inneren Befestigung dienenden Abtritten anbrachten, wirken hauptsächlich durch ihre ungemalte Komik. Am Gartenzäun eines Gasthofes, den der Besitzer „Hotel-Bellevue“ nannte, wohl weil er das für besonders vornehm hält, ist folgendes zu lesen:

Auf einer weißen Popptafel ist mit Blauweiß geschrieben: „Achtung! Bitte lesen!“ Darunter ist ein schwarzes Schild angebracht, das folgende Inschrift hat: „Das Betreten dieses Grundstückes und der Aussicht ist nur den werthen Gästen gestattet.“

Die Neuaufstellung der Koburger Sammlungen. Auf der Beste Koburg, die von Bodo Ehardt rekonstruiert worden ist, sind die reichen Sammlungen lange Zeit geschlossen gewesen. Jetzt hat sie der neuberufene Direktor Dr. Ludwig Kämmerer ganz neu aufgestellt, so daß ihre Bedeutung nicht nur für die Landesgeschichte, sondern auch für die allgemeine Kunstgeschichte zum ersten Male recht hervortritt. Wissenschaftlichkeit, Qualität und eine dekorative Note für die Allgemeinheit sind dabei nach dem Urteil Georg Hiss in der Sermannschen „Kunstchronik“ gleichmäßig berücksichtigt. Das Schauvergnügen wurde vor allem auf eine Bogdalle mit den Ueberresten des alten Baldewerts und auf eine mächtige Remise mit herrlichen Bruchsteinen beschränkt. Ein Luther-Kammer enthält seinen Gegenstand mehr aus der Zeit seiner Bibelübersetzung von 1530, kann aber an einigen gleichzeitigen Möbeln und einer reichen Luther-Bibliothek die Erinnerung an den Aufenthalt des Reformators wachen. Eine Waffenkammer, dann eine Reihe von Räumen mit den besten Stücken von Kunst und Kunstgewerbe bieten aus dem Mittelalter und der Renaissance viel Seltenes und Gutes. Keramik und Gläser sind ausgezeichnet da, und ein Rubinstück der Beste ist die große arabische Sammlung mit ihren Handzeichnungen aller deutscher Meister, unter denen ein paar kostbare Blätter von Dürer

oben an stehen. In den lichten Räumen des Herzoginnenbaues, in denen die Graphik, die Münzen und Autographen aufbewahrt sind, ist ein Teil der Theatergemälde Brückners dekorativ untergebracht, ein Hinweis darauf, daß die Bühnenmalerei des 19. Jahrhunderts in Koburg einen ihrer Ausgangspunkte gehabt hat.

Gewerksmäßige Muff der Beamten. Aus der freien Musiker-Schaft sind oft Klagen über den Wettbewerb der beamteten Musiker laut geworden. Das Reichliche Staatsministerium hat das zum Anlaß genommen, um jetzt folgende Grundzüge für die Genehmigung zum gewerksmäßigen Aufsitzen der Beamten zu beschließen. Eine Genehmigung zum gewerksmäßigen Aufsitzen der Beamten wird grundsätzlich nicht mehr erteilt. Gewerksmäßiges Aufsitzen liegt vor, wenn diese Beschäftigung auch nur zeitweilig in regelmäßiger Wiederholung geübt und zu einer Erwerbsquelle gemacht wird. Die bloße gelegentliche Beteiligung an Aufführungen, d. h. Beteiligung in einzelnen, nicht zu eng aneinanderliegenden Fällen gegen Bezahlung ist kein Gewerbetrieb. Beim Aufsitzen gegen Entgelt in irgendeiner Form muß dem Leiter der Behörde rechtzeitig von Art, Tag und Ort der Veranstaltung und die Dauer der Auftragsleistung angezeigt werden. Auftragsleistung durch Beamte ist verboten.

Der höchste Berg von Neuseeland bezwungen. Der Mount Cook, der mit seinen 3763 Metern der höchste Berg von Neuseeland ist, stellte durch seine großen Gletscher den Bergsteigern besondere Schwierigkeiten entgegen. Der Gesamtanstieg dieses Berges, der der größte der Welt sein soll, ist 16 Kilometer lang und hat an seiner breitesten Stelle zirka 2 Kilometer im Durchmesser. 600 Meter über diesen Gletscher befindet sich der „Kackletter Eisfall“, ein phantastischer Borbong von zerstückten Eismassen, der beruherstürzt. Es ist nunmehr dem hervorragenden Alpinisten Wägen gelungen, den Mount Cook zu besteigen. Der Berg hatte viele berühmte Bergsteiger zur Umkehr gezwungen, bevor sie die Spitze erreichten. Dabei waren die Versuche stets in der Sommerzeit gemacht worden. Die Besteigung, die nunmehr im Winter gelungen ist, dürfte die wichtigste Tatsache in der Geschichte des neuseeländischen Alpinismus sein.

Die Abonnenten der „Hilfsharmonischen Montag-Konzerte“ können sich ihre alten Plätze nur durch Entnahme eines Belegheftes gegen Abgabe ihres Berechnungsscheins für die zehn Konzerte des kommenden Winters sichern. Diese Heftchen sind ab Montag von 10-2 Uhr zu 1. 1/2 und 2 Millionen M. kreisförmig. Eintritte 42. 1/2 M.

Am Neuaufbau-Theater wird über technische Veränderungen die Erhaltung von Schönberr's „Weber-Opern“ verhandelt. Das Theater bleibt zunächst geschlossen.

Ein internationaler soziologischer Kongress wird vom 1. bis 8. Oktober in Rom stattfinden. Das Arbeitsprogramm umfaßt die allgemeine Soziologie, Probleme des internationalen Rechts und Arbeitsmarktes, der internationalen Politik und Wirtschaft sowie der Klassenkämpfe.

Der technisch-historische Dreizehener, ein einzigartiges Unternehmen, das von J. W. Feldhaus, dem Direktor der technischen Wissenschaften begründet wurde, ist vom Bergbau in Eisenberg übernommen worden und wird in neuer Ausstattung Anfang Oktober eröffnet.

freiem Beruf befinden hat, haben nur den einfachen Betrag der Vorauszahlung zu zahlen. Hatte also beispielsweise ein Arzt, der im wesentlichen Einkommen aus seiner Praxis hatte, für 1922 400 000 M. Einkommensteuer zu zahlen, so hat er an Vorauszahlungen im August nur 100 000 M. zu entrichten.

Die Vorauszahlungen sind unaufgefordert bei der Hebestelle für die Einkommensteuer unter der Bezeichnung „Einkommensteuervorauszahlung 1923“ unter genauer Angabe von Namen und Adressen zu zahlen.

3. Diejenigen Steuerpflichtigen, bei denen die Vorauszahlungen das Hundertfache bzw. Bierhundertfache der Jahressteuer betragen (siehe zu Nr. 2), haben als erste Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe unaufgefordert das Doppelte der Vorauszahlung zu entrichten. Wer also 40 Millionen Mark im August an Vorauszahlungen zu zahlen hatte, hat 80 Millionen Mark an Rhein-Ruhr-Abgabe zu zahlen.

Bei den Steuerpflichtigen, deren Einkommen im Jahre 1922 hauptsächlich aus Einnahmen aus freiem Beruf, aus Gehalt oder Arbeitslohn und dergleichen bestanden und mehr als eine Million Mark betragen hat, beträgt die erste Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe das Hundertfache der Vierteljahressteuer für 1922. Im obigen Beispiel hat also der Arzt, der im August 100 000 M. Vorauszahlung zu leisten hatte, 10 Millionen Mark Rhein-Ruhr-Abgabe zu zahlen.

Die erste Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe ist am 25. August fällig und grundsätzlich auch bei der oben angegebenen Rate unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Rhein-Ruhr-Abgabe“ zu zahlen.

Wer die vorstehenden Steuern nicht pünktlich bezahlt, muß noch dem laufenden Verlaufsbescheid Steueransatz für jeden angefallenen halben Monat das Vierfache des Rückstandes als Zuschlag zahlen. Wer also im Beispiel zu 2. die 40 Millionen Mark erst am 3. September 1923 zahlt, hat zu den 40 Millionen noch 160 Millionen, insgesamt also 200 Millionen Mark zu zahlen.

Abwälzbarkeit der Betriebssteuer?

Bei der behördlichen Preisfestsetzung für Markenbrot, das bis zum 15. Oktober belohnlich beibehalten werden soll, versuchen die Bäckermeister jetzt bereits zum Zwecke der Abwälzung die Einkalkulierung der neuen Betriebssteuer zu verlangen. In dem zuständigen Ausschuss der städtischen Ernährungsdeputation, die den Preis für das Markenbrot festsetzen hat, kam es darüber zu einer lebhaften Debatte. Das Verlangen der Bäckermeister ist erfreulicherweise wenigstens zunächst abgelehnt worden. Nicht nur deswegen, weil die neue Betriebssteuer, zu der Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers noch nicht erlassen sind, erst am 1. September d. J. in Kraft tritt, sondern auch aus einer ganzen Reihe von anderen Gründen. Die Steuer ist ausdrücklich als eine Besitzsteuer gedacht, daß geht schon aus ihrer Ergänzung durch die Bestimmung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes hervor, der in seiner Preisgestaltung von der Börse abhängig ist. Außerdem arbeiten von den circa 1600 Bäckerbetrieben in Berlin rund 500 überhaupt ohne fremde Arbeitskraft, zahlen also keine Lohnsteuer, circa weitere 500 arbeiten mit einer fremden Arbeitskraft und der Meister arbeitet selber im Betriebe, erst bei den restlichen 600 Betrieben handelt es sich um kleinere und kleinere Unternehmungen, von denen der größte Teil 2 bis 3 Arbeiter beschäftigt. Schon aus diesem Grunde wäre es ganz unempfindlich, in das Produkt einen gleichmäßigen Satz für die Betriebssteuer einzukalkulieren, wenn man nicht über der Hälfte der Betriebe direkte Geschenke machen will. Auch steht die Höhe der Lohnsteuer absehbar noch nicht fest, da sie ganz und gar von der Höhe der Ermäßigungen abhängt. Der Steuerausgleich des Reichstages hat die Festsetzung dieser Ermäßigungen aber absichtlich um eine Woche verschoben, um die Ermäßigungen der tatsächlichen Lohnhöhe besser anpassen zu können, als es bisher der Fall gewesen ist. Zu allem Ueberflusse liegt zu den Ausführungsbestimmungen, die der Reichsfinanzminister noch erlassen muß, ein Antrag der Demokraten vor, für Kleinbetriebe mit 2 bis 3 Arbeitnehmern die Steuer zu erlassen. Von all diesen in der Sache liegenden Schwierigkeiten ganz abgesehen, würde aber die Abwälzung der Steuer, zumal bei einem behördlich im Preis festzusetzenden Produkt, dem Sinn des Gesetzes und der Absicht des Gesetzgebers vollständig widersprechen. Der Vorsitzende der Berliner Preisprüfstelle, Stadtrat Schünning, schloß sich dieser Auffassung unserer Genossen im Ausschuss an und teilte mit, daß die Preisprüfstelle auf keinen Fall die Abwälzung zulassen wird.

Die Verlängerung der Verkehrsperre.

Paris, 16. August. (WZ) Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf gilt die Verlängerung der Grenzperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet bis zum 31. August. Als Gründe werden die Anwesenheit in Düsseldorf, Essen und Dortmund angeführt.

Paris, 17. August. (EP) Die Rheinlandkommission hat beschlossen, daß die Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet bis zum 31. August geschlossen bleibt.

Brüssel, 17. August. (EP) Die belgische Sicherheitspolizei hat 15 Deutsche wegen angeblicher Sabotage verhaftet. Es sind 5 Bomben und zahlreiche Waffen beschlagnahmt worden.

Brüssel, 17. August. (EP) Infolge der Unruhen in der Gegend von Aachen wurde der Verkehr im Landkreise Aachen von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr von der Rheinlandkommission unterlagert. Durch Befehl des belgischen Polizeichefs ist die Schließung der Gasse von abends 9 Uhr an angeordnet worden. Ansammlungen von mehr als 5 Personen auf den Straßen sind unterlagert.

Essen, 17. August. (cca) Wie bekannt wird, hat das Reich einen Kredit von 200 000 Gulden für das Industriegebiet zur Verfügung gestellt, damit das Konjunktionslager für Margarine voll angegriffen werden kann. Dadurch dürfte der Preis für Margarine auf etwa 450 000 M. herabgedrückt werden.

	16. August		15. August	
	Rücker (Gulden)	Verkäufer (Gulden)	Rücker (Gulden)	Verkäufer (Gulden)
1 beländ. Gulden	1250850.	1263150.	1067325.	1072075.
1 argentin. Pap. Peso	1047375.	1062025.	887725.	892225.
1 belgischer Franc	141645.	142355.	123986.	124310.
1 norweg. Krone	528675.	531325.	452565.	455185.
1 dänische Krone	504510.	507490.	502740.	505260.
1 schwedische Krone	847875.	852125.	822190.	825810.
1 finnische Mark	87760.	88220.	75311.	75689.
1 japanischer Yen	1556100.	1568900.	1296750.	1309250.
1 italienische Lire	185660.	186340.	116707.50	117202.50
1 Pfund Sterling	14863500.	14922500.	12860000.	12918000.
1 Dollar	3192000.	3208000.	2683250.	2709750.
1 frankösisch. Franc	175560.	176440.	149625.	150875.
1 brasilian. Cruzeiro	815210.	816790.	264388.50	265662.50
1 Schweizer Franc	578560.	581450.	483762.50	486258.50
1 spanische Peseta	438000.	441100.	380075.	379025.
100 österr. Kr. (gr.)	4539.50	4611.50	8900.	8910.
1 ungarische Krone	69765.	694235.	80797.	81208.
1 amerikanische Krone	179.33	180.43	147.63	148.37
1 bulgarische Tuna	26082.	27063.	21546.	21634.
1 jugoslaw. Dinar	83915.	84083.	28428.	28572.

Wandelnde Millionen.

Statistik ist eine Wissenschaft, die sich in alle menschlichen Verhältnisse drängt, um sie zu erforschen. So hat man auch früher schon sich daran gemacht, aufzuzeichnen, welchen Wert die Gegenstände hatten, die der Mensch auf seinem Leibe trug, in denen und mit denen er auf dieser Erde wandelte. Gar bescheidene Summen waren es, wenn man die Arbeiterkleidung schätzte, und selbst bei Toiletten der vornehmsten Damen kam man nach lange nicht an eine Million heran, sofern man davon abließ, etwaigen wertvollen Schmuck, der doch sozusagen nicht zur Bekleidung gehörte, mit in die Rechnung einzuziehen. Heute steht die Statistik auf ganz anderem Boden: Von Tag zu Tag vergrößert sich der Wert der auf dem Leibe befindlichen Sachen, mögen sie noch so ehrwürdiges Alter aufweisen. Die einfachste Bekleidung: Hemd, Hose, Stiefel, ergibt heute mehr als eine Million, und es macht auch keinen Unterschied, wenn Sandalen oder Pantinen in Frage kommen. Was aber nun ein wirklicher Anzug nebst dazugehöriger Wäsche, guten Stiefeln, Hut, eventuell noch Handschuhe, Schirm oder Stock, heute an Wert repräsentiert, geht in die —zig Millionen hinein. Nur schade, daß diese wandelnden Millionen nicht auf einen haufen geschüttelt und zur Sanierung unserer Finanzen verwendet werden können — Gatte und Klima verbieten leider die Bekleidung à la Paradies mit dem Feigenblatt. Immerhin dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß ein feindlicher Finanzdiabolus auf den Gedanken kommt, diese wandelnden Millionen mit einer Steuer zu belegen, die etwa nach der Zahl der Anzüge und Toiletten abgestuft sein könnte. Hier liegen wahrhafte Billionenwerte „greifbar“ — und der Opfergeist ist nicht da, der nicht die Mädchen trieb, ihr Haupthaar auf den Altar des Vaterlandes zu opfern. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: jeder rafft an Schwerten zusammen, soweit es seine Börse zuläßt. Hoffentlich kommt jetzt ein Umschwung, der auch dem Nichtdieber gestattet, sich mit den notwendigen — nicht überflüssigen — Bekleidungsstücken zu versorgen.

Phantastische Gaspreise.

Erhöhung auf 200 000 M. je Kubikmeter.

Die ungeheuerliche Steigerung der Kohlenpreise nötigt die Gaswerke der Stadt Berlin zu immer neuen Erhöhungen auch der Gaspreise. Der heute tagende Ausschuss der Werkdeputation hat, wie wir erfahren, für die nächste Woche den Preis auf 200 000 M. je Kubikmeter erhöhen müssen. Diese ungeheuerliche Erhöhung wird hauptsächlich damit begründet, daß der Kohlenpreis, der für die laufende Woche etwa 35 1/2 Millionen Mark pro Tonne betrug, in der nächsten Woche nach den Mitteilungen aus dem Reichskohlenrat fast 86 Millionen Mark pro Tonne betragen wird. Wenn die Gaswerke der Stadt Berlin nicht die Mittel erhalten, schleunigst Kohlen einzukaufen, müssen sie ihren Betrieb schließen. Der Kohlenvorrat, der noch im Mai mit 100 000 Tonnen für 35 Tage reichte, hat sich bis Mitte August auf nur 21 000 Tonnen verringert, womit die Werte nur noch sieben Tage reichen können.

Wenn diese ungeheuerlichen Preise Wahrheit werden, dann ist es ganz ausgeschlossen, daß die Stadt die bisherige Praxis der Bestandaufnahme beibehält. Es wird und muß ein Weg gefunden werden, der die Standaufnahme für die vielen kleinen Konsumenten auf eine erträgliche Basis stellt, als es heute der Fall ist. Gesehen wird das nicht, so müssen sich hieraus Zustände ergeben, die einfach unerträglich werden.

Markenbrot 116 000 M.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin hält mit dem 20. August ab beträgt der Preis für das Markenbrot 116 000 M. für die Markenschröpe 4800 M. Die Rückenmehlpportion der Brotkrone (300 Gramm) kostet 6700 M. Die Erhöhung war unermesslich, weil in den Bäckereien erneut eine erhebliche Steigerung der Gehälter und Löhne eintreten mußte, weil die für die letzte Woche zu niedrig geklagte Erhöhung des Kohlenpreises sich nunmehr voll auswirkt, weil eine Reihe von unermesslichen Zuzahlen zur Brotbereitung in den letzten Tagen wiederum erhebliche Preissteigerungen erfahren hatten, und weil schließlich auch die Verwaltungskosten mit Rücksicht auf die sehr erheblichen Zuschüsse, die das Ernährungsamt in den letzten Wochen zur Brotwirtschaft hatte leisten müssen, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden mußten. Der Preisrückgang des freien Mehlens an der Börse bleibt, wie gegenüber entprechenden Hinweisen bemerkt sei, für das Kommunalbrot ohne direkten Einfluß.

Wieder eine Granatexplosion.

Heute früh um 7 Uhr wurde die Berliner Feuerwehre nach der Müllerstraße 100 dringend alarmiert, wo auf dem Laubengrundstück an der Londoner Straße der Arbeiter Franz Rordmann infolge einer Geschossexplosion schwer verletzt worden war. Angeblich hatte R. mit anderen Geschosse auf dem Schießplatz bei Jüterbog geschußt. Bei dem Bemühen, die Kupferreste des Geschosses zu gewinnen, war die Granate explodiert. Zwei andere Personen kamen mit dem Schreck davon. Obwohl die Geschosshücker die Gefahr kennen, der sie sich selbst aussetzen lassen sie von diesem gefährlichen Treiben, an dem sich auch Mädchen und Frauen beteiligen, nicht ab. Unbekümmert um die Folgen, transportieren sie die Geschosse mit anderen Sachen in Säcken auf der Eisenbahn und Straßenbahn durch Berlin.

Wiederherbeigeschaffte Kunstschätze.

Aufklärung des großen Münchener Bilderdiebstahls.

Wie kürzlich berichtet, wurden in der Nacht zum 2. August dieses Jahres aus der Galerie des verstorbenen Waleis Lenbach in München kostbare Gemälde im Werte von 3 Milliarden gestohlen. Dem Diebe fielen ein Bild von Lucas Cranach, drei Grazien am Baumstamm lehnd in sitzender Stellung, eine Jugenddarstellung von Franz Hals, einen lachenden Jungen darstellend, ein Bild von Hans Holbein dem Jüngeren, männliche Person mit Barett, Erasmus-Katzenjammer, zwei Bilder von Teniers, eine Originalskizze von Rubens, auf dem rechten Flügel die Kreuzabnahme Christi, auf dem linken die Madonna, ein kleines Bild auf Holz mit einem Mann in der Welschenhülle vor einem Kreuz stehend, dann ein Löwe, sowie zwei Gipsplastiken, dunkelbraun getönt, einen Mann und eine Frau darstellend, und außerdem das Bild eines unbekanntem französischen Meisters in die Hände. Das Dienstmädchen hatte in der Nacht, durch das Belien des Hundes aufmerksam gemacht, Geräusche gehört, auf die sie jedoch nicht weiter achtete. Der Einbruch war während eines Gewitters mit großer Drösigkeit ausgeführt worden. Der Täter war an der Fassade emporgelittert und so in die Galerie eingedrungen. Von dem Täter schloß zunächst jede Spur. Ende voriger Woche tauchte die erste Spur in Berlin auf. Die daraufhin von Kriminalkommissar Treftin und seinen Beamten angestellten Nachforschungen haben zu einer überraschenden Aufklärung geführt. Einige der gestohlenen Bilder waren hier in einem Hotel am Potsdamer Platz von einem früheren Studenten Max Schmidt, dem Sohn eines angeesehenen Münchener Juristen, angeboten worden. Die Spur des Studenten, der auch von München aus bereits verdächtigt worden war, führte von hier nach Hamburg, wo der junge Mann Beziehungen zu einer Frau Fries, seiner angeblichen Braut, unterhielt. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei wurden sofort nach Hamburg mitgeteilt, und durch das enge Zusammenarbeiten der Ham-

burger und Berliner Kriminalpolizei ist es gelingen gelungen, den Täter zu ermitteln und festzunehmen und die gesamte Beute herbeizuschaffen. Schmidt, der verhaftet werden konnte, als er sich mit seiner Braut traf, ist in vollem Umfange geständig.

Die Diebstähle an Kunstwerken haben sich in der letzten Zeit erschreckend vermehrt. Es sei nur an die Diebstähle in der Nationalgalerie und die Einbrüche in das Wilhelm-Palais erinnert. Die Täter sind oft Kunstverständige. Die Kriminalpolizei wendet diesen Diebstählen besondere Aufmerksamkeit. Aber auch das Publikum, Kunstliebhaber, Liebhaber und Sammler werden gut um „Angebot“, die ihnen gemacht werden, mit großer Vorsicht zu behandeln.

Milliarden-Diebstahl im Physikalischen Institut.

Das Physikalische Institut der Berliner Universität, Reichstagsufer 7-8, hat einen unter den jetzigen Verhältnissen kaum ersagbaren Verlust erlitten. Es wurde, wahrscheinlich in der Nacht zum Donnerstag, um wertvolle Quecksilber- und Platinbestände sowie um einen Galvanomotor bestraht.

Ein Laboratoriumsgehilfe hatte noch am Mittwochvormittag um 4 Uhr einen Rundgang durch die Räume gemacht und nichts Verdächtiges wahrgenommen. Später entdeckte man, daß eine Vorpartitur an der Neuen Wilhelmstraße und eine Tür zu einer Wendeltreppe, die nach dem Laboratorium hinaufführt, nicht mehr verschlossen war. Hier müssen die noch unbekanntem Einbrecher eingedrungen oder wenigstens wieder hinausgegangen sein, wenn sie sich vorher hätten einschließen lassen. Der Kreis der Verdächtigten, die in dem Institut aus- und eingehen, ist ziemlich groß. Die Täter scheinen auch in den Räumen Bescheid gewußt zu haben. Sie hatten allem Anschein nach längere Zeit mit großer Ruhe „gearbeitet“. Die Wächter der Nach- und Schichtgesellschaft, die das Gebäude behüten, haben nichts Verdächtiges gemerkt. Die Diebe hatten 24 Pfund Quecksilber in einer 15 Zentimeter hohen Flasche, eine große Röntgenröhre mit 5-8 Gramm Platin, einen Spiegel-Galvanometer, der von der Fa. Siemens u. Halske Hammt und einen Diamanten zum Glasbrechen. Diesen fanden sie in einem großen Schreibtisch mit zwei Schubladen, den sie mit einem Nachschlüssel öffneten. In dem Schreibtisch lagen auch noch Schlüssel zu anderen Behältnissen, die die Diebe aber nicht benutzt haben. Vor dem Ankauf des gestohlenen Gutes wird gewarnt.

Vier postfreie Verbindungen nach Danzig.

Die postfreie Reise nach Danzig ist durch zwei sehr günstige Schiffverbindungen bedeutend erleichtert und verbessert worden: nach Marienburg und von Elbing besteht, wie die Reichsgesellschaft für Deutsche Verkehrsverbände mitteilt, seit einiger Zeit ein regelmäßiger Dampferverkehr nach Danzig. Ab Berlin, Bahnhof Friedrichstraße 10.16 Uhr abends (Schlafwagen), und 10.25 abends (nur bis 30. September), an Marienburg 6.38 Uhr bzw. 7 Uhr vormittags; ab Marienburg-Schwimmbrücke Montags, Mittwochs und Freitags 10.30 Uhr vormittags, an Danzig etwa 4.30 Uhr nachmittags; ab Danzig, Grünes Tor, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 9.15 vormittags, an Marienburg etwa 3.15 Uhr nachmittags. — Ueber Elbing: ab Berlin-Friedrichstraße 10.16 Uhr abends (bis 30. September), an Elbing 7.19 Uhr bzw. 7.41 Uhr vormittags; ab Elbing Montags und Donnerstags 8.30 Uhr vormittags, an den übrigen Werktagen 10 Uhr vormittags. — Auch die Reise Berlin-Danzig über Marienburg oder Elbing zu Schiff dauert nur 15 Stunden, und es gibt jetzt vier postfreie Verbindungen (ohne postliches Bismarck; nur deutscher Personalausweis mit Lichtbild): Berlin-Swinemünde, mit dem Dampfer des Ostpreußenverkehrs nach Joppot-Danzig; Berlin-Marienburg und mit der Kleinbahn nach Danzig (14 Stunden); Berlin-Marienburg oder Berlin-Elbing und dann zu Schiff nach Danzig. Das polnische Durchreiseprogramm für die direkten Züge Berlin-Danzig kostet jetzt für die einfache Fahrt 50, für Hin- und Rückfahrt 100 französische Franc, d. h. zurzeit 1,25 bzw. 2,5 Millionen Mark!

Der Kampf gegen Eisenbahn-Gepäckdiebe.

Die Diebstähle von Handgepäck in den Eisenbahnwaggons wollen nicht aufhören, und alle Wohnungen der Reichsverwaltung zur Vorsicht scheinen vergeblich. Neuerdings läßt die Reichsbahn einen Ausschuss folgenden Vortrags stellen: „Handgepäckdiebe! Auf Handgepäck achten! Bei kurzem Verlassen der Waggonsabteile des Gepäcks am Gepäckhalter festhalten. Wer einen Gepäckdieb ergreift oder einen Gepäckdiebstahl anzeigt, so daß der Täter gerichtlich bestraft werden kann, erhält eine Belohnung.“ — Von der Möglichkeit, das Handgepäck anzuschließen, wird leider kaum Gebrauch gemacht; es genügt eine dünne Stahlseile, um den Griff des Gepäcks und den Gepäckhalter gefesselt und durch ein Schloss gesichert, um den Dieben ihr Handwerk wenigstens so zu erschweren, daß inzwischen Wirtreißende oder Bahnbeamte aufmerksam werden; die meisten Diebstähle werden kurz vor der Abfahrt des Zuges ausgeführt, wenn der Reisende sein Gepäck abgelegt hat und dann sorglos das Abteil verläßt, in der Annahme, die Wirtreißenden würden schon aufpassen; häufig sind jedoch gerade diese „Wirtreißenden“ die Diebe selbst oder ihre geschickten Helfer.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der Bericht über die Bebel-Feier im Reichstag nennt als mitwirkenden Chor den Männerchor „Harmonie“ vom Kreuzbergviertel. Das ist ein Irrtum. Der Männerchor „Harmonie“, Charlottenburg, Mitglied des Arbeiterfängerbundes, hat auf der Bebel-Feier mitgewirkt.

Schulspendungen im Bezirk Friedrichshagen. Am Montag, den 20. August, begannen im Bezirk Friedrichshagen die Schul-Mittags- und Frühstückspendungen. Ausweise zur Teilnahme an den Spenden werden von den Schulen ausgestellt. Das Essen wird gegen Bezahlung des Preises für die volle Woche in den bekannten Speisekarten abgegeben. Leider muß die Gewährung von Frühstückspendungen und Spenden in Gruppe I und II wegen unzureichender Geldmittel bedeutend eingeschränkt werden. Da besonders die erwerbstätigen Eltern oft nicht in der Lage sind, ihren Kindern ein warmes und nahrhaftes Mittagessen zu verabfolgen, ist die Teilnahme an den Schulspendungen zu empfehlen.

Verstorbene Hundeausstellung. Infolge der allgemeinen politischen Lage und der plötzlichen katastrophalen Geldentwertung muß die am 18. und 19. August in den Automobilhallen geplante Ausstellung von Hunden aller Rassen bis zu einem späteren Termin verschoben werden.

Der Arbeiterkennographenverein „Stolz-Zhren“ eröhnet neue Anlagengründe Anfang September. Siehe unter Vereinsleben in der Woche vom 27. 8. bis 1. 9. Anlagen beantwortet der Fortschende Hebel, Berlin-Tantow, Fortbater, 3. I (Rückporto beifügen).

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zeitweise heiter, bei lebhaftem südwestlichen Wind, nachher neue Trübung und Regen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reußien, Arbeitergemeinschaft der Rinderzucht. Sonntag nachm. Beirufung am Berliner Sommerfest in der Rinderzucht. Termin 12-2 Uhr mittags Bergwegplatz über 3 Uhr Rinderzucht. Essen mitbringen!

